

4.3 Medien und Jugendschutz - rechtliche Aspekte der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen

Medien stehen in einem gesellschaftlichen Spannungsverhältnis, das durch rechtliche Regelungen und eine diese begleitende öffentliche Diskussion zustande kommt. In Psychologen- und Pädagogenkreisen wird diesen Aspekten des Medienkonsums selten Aufmerksamkeit gewidmet, hingegen sind in der Rechts- und Literaturgeschichte die Versuche der staatlichen Einflussnahme und Reglementierung von den Medien ein wichtiges Thema. Für Deutschland ist dies ausgiebig dokumentiert, wurde doch bereits 1485, d.h. 30 Jahre nach Erfindung des Buchdrucks durch Gutenberg und die dadurch angeregte Verbreitung von Büchern, der erste Zensurerlass durch Bischof Berchtold von Henneberg in Mainz verfügt; kurz danach (1487 durch Papst Innozenz VIII) wurden alle Ortsbischöfe des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zur Beachtung des Index librorum prohibitorum verpflichtet.

Kann aber der Gesetzgeber (und in der Folge davon der Staat) unter den heutigen Gegebenheiten auf den Medienkonsum seiner Bürger Einfluss nehmen? Zensurmaßnahmen oder auch nur Beschränkungen in Bezug auf die Zugänglichkeit von Informationen werden in demokratisch verfassten Gesellschaften abgelehnt. Bereits in der Deklaration über die Menschenrechte durch die UNO 1949 wird in Art. 19 das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit festgeschrieben.¹ Im deutschen Grundgesetz ist zudem ein Zensurverbot (im Sinne einer Vorauszensur) explizit verankert (Art. 5 Abs. 1 Satz 3 Grundgesetz (GG) lautet: „Eine Zensur findet nicht statt.“). Medienveröffentlichungen können aber in Deutschland im nachhinein darauf geprüft werden, ob sie gegen Rechtsprinzipien und grundgesetzliche Wertvorstellungen verstoßen und ob deshalb eine Verbreitungsbeschränkung oder auch Strafverfolgung angezeigt ist (vorwiegend aus Gründen des Jugendschutzes, denn auch dies ist eine grundgesetzlich geschützte Wertvorstellung; vgl. Art. 5 Abs. 2 GG).

¹ Der Art. 19 der Menschenrechtskonvention lautet: „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

4.3.1 Staatlich veranlasste Maßnahmen

In den letzten 50 Jahren hat sich in Deutschland ein dichtes Netz öffentlich-rechtlicher Institutionen herausgebildet, welche über die Einhaltung der Jugendschutznormen achten (Nolden & Stefen, 1996). An oberster Stelle steht dabei das Bundesjugendministerium, diesem sind auf Landesebene die Obersten Landesjugendbehörden (OLJB), die Landesjugendämter (LJÄ) und die Jugendämter (JÄ) zugeordnet. Die Bundesländer unterhalten zudem im Justizbereich Zentralstellen zur Bekämpfung jugendgefährdender Medien, Staatsanwaltschaften, die sich schwerpunktmäßig mit Medienbeobachtung (z.B. hinsichtlich des Internets) beschäftigen, und letztlich auch Ordnungs- und Polizeibehörden, die auf lokaler Ebene über die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen wachen (vgl. Abb.1).

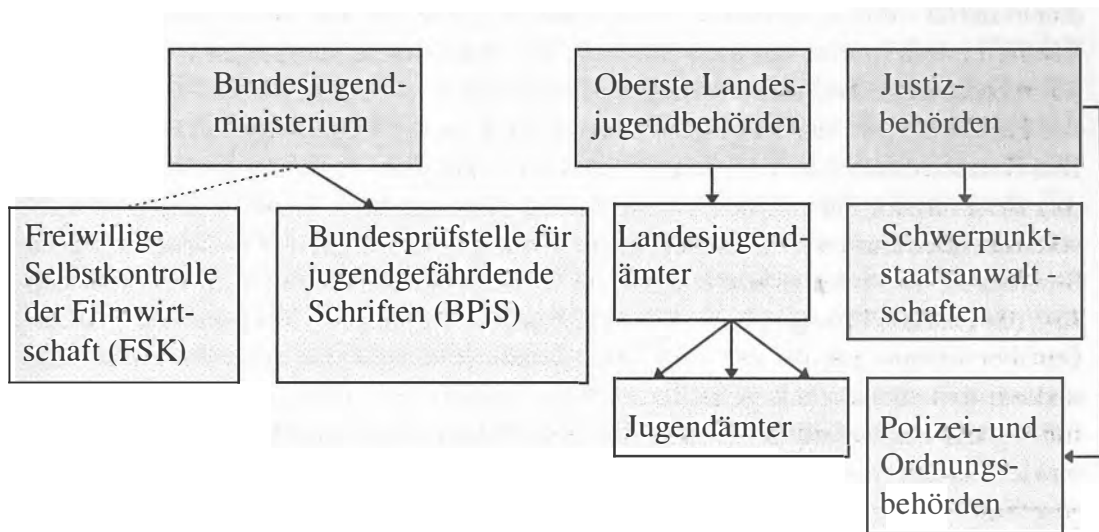


Abbildung 4.3.1: Öffentlich-rechtliche Institutionen zur Überwachung des Jugendmedienschutzes

Von Fragen der rechtlichen Steuerung der medialen Weiterverbreitung von Informationen waren früher vorwiegend Druckmedien betroffen, heute ist dieses Thema auf alle Informationsträger (Videos, Computerspiele, MCs, CDs, LPs, Cyber-Space, Internet) ausgeweitet. In besonderer Weise wird dabei für Kinder und Jugendliche das im Grundgesetz verankerte Recht auf Jugendschutz in dem Bereich der Medien exekutiert (die diesbezüglichen Rechtsnormen sind in dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften [GjS] sowie dem Ge-

setz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit [JÖSchG] expliziert). Aber auch dem Medienkonsum Erwachsener sind dann Grenzen gesetzt, wenn es sich um Inhalte handelt, die als sozialschädlich eingestuft werden (z.B. gemäß StGB §§ 131 und 184, Abs. 3; ebenso Art. 5, Abs. 2 GG; Straftatbestände bilden z.B. die Kinderpornographie, die Darstellung menschenverachtender Gewalt und die so genannte harte Pornographie²).

Hinsichtlich des Kinofilms ist es sogar so, dass jede öffentliche Vorführung eines Filmes für Kinder untersagt ist, ausgenommen ein Film ist für die Vorführung freigegeben (es handelt sich in der juristischen Diktion um ein „Verbot mit Freigabevorbehalt für einzelne Filme“). Die Obersten Landesbehörden (Länderjugendministerien) können Filme für Kinder und Jugendliche freigeben und entsprechend kennzeichnen („Ohne Altersbeschränkung“, „Ab 6, 12 oder 16 Jahren“ und „Nicht freigegeben unter 18 Jahren“). Die Prüfung und Kennzeichnung, das Recht hierzu steht aufgrund der Kulturhoheit eigentlich den Bundesländern zu, ist von den Ländern aber auf die FSK bzw. ihre Ausschüsse übertragen worden (FSK - J = Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft - Jugendprüfstelle). Das Büro der FSK wird von der SPIO (Spitzenorganisation der Filmwirtschaft) finanziert.³ Die Kennzeichnung „ab 18 Jahren“ durch die JK (Juristenkommission) der FSK, d.h. die Freigabe für Erwachsene, bedeutet, ein Film verstößt nicht gegen strafgesetzliche Bestimmungen, insbesondere nicht gegen die §§ 130 a [Anleitung zu Straftaten], 131 [menschenverachtende Gewalt, Aufstachelung zum Rassenhass], 184 (3) [harte Pornographie], 185 [Ehrenschutz] und 187 [Verleumdung] StGB. Darüber hinaus gilt für die FSK aber naheliegender Weise auch die Beachtung anderer grundgesetzlich geschützter Wertvorstellungen (Art. 2, 1 GG [freie Entfaltung der Persönlichkeit] sowie Art. 5 GG [Meinungs- und Informationsfreiheit sowie Freiheit von Kunst und Wissenschaft]). Die Obersten Landesjugendbehör-

² Unter „harter Pornographie“ sind die in StGB § 184 Abs. 3 näher qualifizierten „pornographischen Schriften“ zu verstehen, die „Gewalttätigkeiten, den sexuellen Missbrauch von Kindern oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben“. Dieser Rechtsbegriff ist sowohl von dem Begriff der „hard core Pornographie“ (z.B. filmische Darstellungen, in denen u.a. der Geschlechtsverkehr real vollzogen wird) wie auch der „Soft-Pornographie“ (Darstellungen, in denen z.B. Geschlechtsverkehr nur angedeutet wird) zu unterscheiden. Zu den verschiedenen Begriffen von Pornographie aus juristischer Sicht vgl. Schroeder (1992, S. 16ff), aus psychologischer Sicht Selg (1986).

³ Diese Anbindung der FSK an eine Interessenvertretung der Filmwirtschaft ist nicht unkritisiert geblieben. Ob auch alle Entscheidungen der FSK immer sachgerecht sind, ist eine nicht einfach zu beantwortende Frage. Zumindest einige Entscheidungen erscheinen und erschienen revisionsbedürftig (z.B. Freigabe des Filmes „Gesichter des Todes“ für Kinder ab 6 Jahren).

den können für ihren Bereich auch eine abweichende Entscheidung treffen, sie können aber auch nach abgeschlossener Jugendprüfung eine erneute Prüfung verlangen (Appellationsverfahren), gegen eine Entscheidung berufen und gegen die Berufungsentscheidung erneut berufen.

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) in Bonn kann darüber hinaus Medien „indizieren“, d.h. ein Verbreitungsverbot für Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahren) sowie damit zusammenhängende Werbe- und Vertriebsverbote aussprechen. Die Tatbestände einer Jugendgefährdung betreffen mediale Gewaltdarstellungen (z.B. Selbstjustiz), Verherrlichung der NS-Ideologie, Aufstachelung zum Rassenhass, Kriegsverherrlichung, Frauendiskriminierung und Pornographie (wobei zu bedenken ist, dass bereits die „einfache“ Pornographie als schwer jugendgefährdend eingeschätzt wird und deshalb automatisch als indiziert gilt).

Die Rechtswirkungen einer Indizierung bedeuten indes nicht, dass Erwachsene von dem Zugang zu derart qualifizierten Medien ausgeschlossen wären. Handelt es sich um Druckwerke, so können diese weiterhin bestellt und gekauft werden (so genannter „Verkauf unter dem Ladentisch“)⁴, im Falle von Videofilmen können diese aus so genannten Erwachsenenvideotheken entliehen bzw. bei entsprechendem Angebot auch über das Fernsehen aufgezeichnet werden (indizierte Filme können nämlich nach 23 Uhr in einem Fernsehprogramm ausgestrahlt werden; nach der seit 1999 geltenden Regel immerhin noch dann, wenn die mögliche sittliche Gefährdung von Kindern und Jugendlichen nicht als schwer angesehen werden kann, was aber die Fernsehveranstalter selbst beurteilen, oder - falls die entsprechenden Gremien der Fernsehanstalten zu einem gegenteiligen Schluss gekommen sind - wenn die Teile des Films verändert worden sind, die zu seiner Indizierung geführt haben).

Sozialethisch desorientierend wirkende Werke (vgl. die oben angeführten einschlägigen Straftatbestände aus dem StGB) können von Staatsanwaltschaften bzw. Gerichten eingezogen und vernichtet werden. Sie sind dann auch für Er-

⁴ Die Tätigkeit der BPjS hat sich von der Bewertung von Druckmaterialien zunehmend auf Videofilme, Computerspiele und Tonträger verlagert. Diese werden als Informationsträger den Büchern („Schriften“) gleichgestellt. Als nicht zuständig musste die BPjS den Versuch, auf Fernsehsendungen Einfluss nehmen zu wollen, aufgeben (eine Folge aus der „Schwarzwaldklinik“ mit vorgeführter Vergewaltigung und zusätzlicher Rechtfertigung der Tat waren der Anlass für diesen Interventionsversuch). Ein Gesamtverzeichnis der indizierten Druckwerke (Stand 31.Mai 1989) wurde von Stefen (1989) herausgegeben.

wachsene nicht mehr offiziell erhältlich, bereits verbreitete Werke sind aber schwer rückholbar.

4.3.2 Freiwillige Selbstkontroll-Einrichtungen

Um ungewollter staatlicher Kontrolle zuvorzukommen, hat sich eine Reihe freiwilliger Selbstkontrollgremien gebildet, die für ihren Bereich Legalität garantieren sollen (vgl. Abb. 2). Damit wird dem Subsidiaritätsprinzip entgegengekommen, nach dem der Staat nur dann Aufgaben übernehmen soll, wenn gesellschaftliche Gruppen diese Aufgaben nicht übernehmen können.

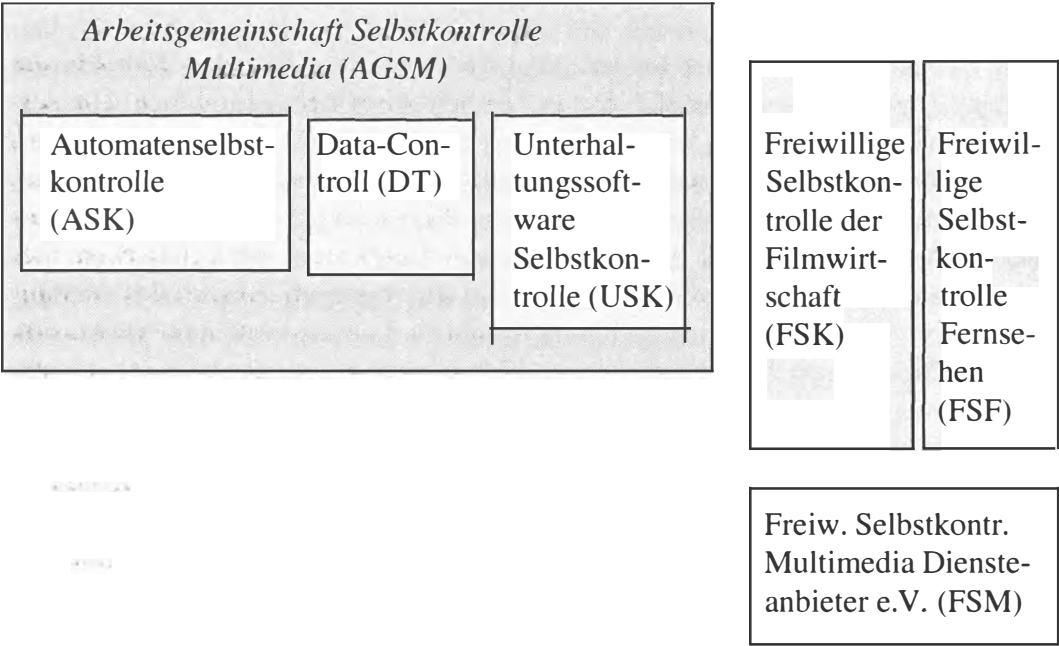


Abbildung 4.3.2: Freiwillige Selbstkontrolleinrichtungen der Medienproduzenten

Entsprechend den Normen der Rundfunkstaatsverträge hat sich im Bereich des Fernsehens ein entsprechendes Gremium - finanziert durch die privaten Fernsehanbieter - formiert (seit 1.4.1994, *Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen - FSF*), das auf die Einhaltung von Rechtsgrundsätzen, insbesondere des Jugendschutzes, achten soll. Jeder bundesweit agierende Fernsehanbieter muss zudem

einen Jugendschutzbeauftragten benennen, der über die Anliegen des Jugendschutzes bei der Programmgestaltung wacht.

Für den Bereich der Computerspiele (speziell der CD-ROMs) hat sich am 30.9.1994 ein Selbstkontrollgremium etabliert, das entsprechende Software auf die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen überprüft und eine Altersempfehlung ausspricht (*Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle - USK*). Die USK ist eine Gründung des Fördervereins für Jugend- und Sozialarbeit Berlin/Brandenburg e.V. sowie des Verbandes für Unterhaltungssoftware Deutschland (VUD). Gründe für die Etablierung dieses Gremiums waren Imageverbesserung und Indizierungsschutz. Ob dadurch den Auflagen des JÖSchG genüge getan ist (§ 7 legt eine Kennzeichnungspflicht nach Alter durch die Obersten Landesjugendbehörden für bespielte Videokassetten oder „vergleichbare Bildträger“ fest), ist umstritten.

Eine weitere Selbstkontrollinstanz in Bezug auf die CD-ROM-Produkte, die über den Buchhandel vertrieben werden, ist 1995 mit der *DT-Control (Interessengemeinschaft Selbstkontrolle elektronischer Datenträger im Pressevertrieb)* gegründet worden. Vertreten wird hierbei der Bundesverband Deutscher Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Grossisten (PRESSE-GROSS), der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), der Verband Deutscher Bahnhofsbuchhändler (VDBB) und der Zeitungs- und Zeitschrifteneinzelhandel (BTWE). Diese Institution soll Datenträger mit jugendschutzrelevantem Inhalt aus den Bereichen Erotik und Gewalt unabhängig und fachkompetent mit der Zielsetzung prüfen lassen, damit jugendgefährdende Medien nicht über diesen Vertriebsweg verbreitet werden.

Für den Bereich der gewerblich aufgestellten Video- bzw. TV-Automaten ist bereits 1982 die freiwillige *Automaten-Selbst-Kontrolle (ASK)* durch den Verband der Deutschen Automatenindustrie e.V. (VDAI), den Deutschen Automaten-Großhandels-Verband e.V. (DAGV) und den Bundesverband Automatenunternehmer e.V. (BA) gegründet worden. Alle von diesen Betreibern genutzten Unterhaltungsautomaten werden geprüft und entweder als „jugendfrei“, „ungeeignet zum Spielen für Kinder und Jugendliche“ oder „nicht jugendfrei“ eingestuft (Bornecke, 1991). Diese Kennzeichnungen sind nicht rechtsverbindlich, es handelt sich nur um Empfehlungen für die Aufsteller.

Die Automaten-Selbst-Kontrolle (ASK), die DT-Control und die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft Selbstkontrolle Multimedia (AGSM) zusammengeschlossen, um bessere Möglichkeiten für den präventiven Jugendschutz zu garantieren.

Als Reaktion auf das neue Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz (IuKDG) hat sich 1997 die „Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia Diensteanbieter e.V.“ (FSM) gegründet. Auch die hier zusammengeschlossenen Vereinigungen haben einen Verhaltenskodex entworfen und unterwerfen sich den Sprüchen einer Beschwerdestelle. Diese kann Änderungen im Angebot anmahnen sowie Missbilligungen und Rügen aussprechen.

Zudem existieren noch weitere, eher indirekt agierende Kontrolleinrichtungen (vgl. Abb. 3). Diese sind die „Kinderkommission des Deutschen Bundestages (KiKo)“, welche sich allgemein um Belange von Kindern kümmert, die Filmbewertungsstelle (FBW), die Kinofilme auf Antrag der Hersteller mit „wertvoll“ und „besonders wertvoll“ auszeichnen kann, der Deutsche Presserat, der sowohl über die Freiheit im Pressewesen, als auch über Missstände wachen soll, sowie der Deutsche Werberat, der sich speziell mit dem Feld der Reklame beschäftigt und der Mitglied der „Europäischen Allianz der Werbeselbstkontrolle“ ist.

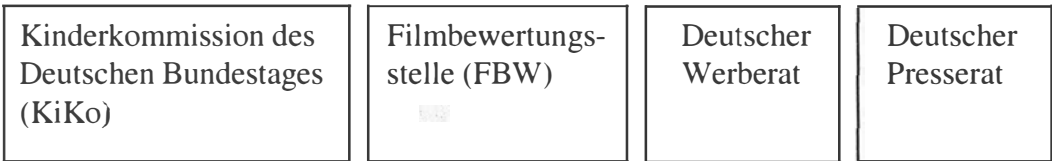


Abbildung 4.3.3: Weitere Kontrolleinrichtungen im Medienbereich

4.3.3 Zusammenfassende Stellungnahme

Trotz der vorgesehenen gesetzlichen Mittel und der vielfältigen Maßnahmen der freiwilligen Selbstkontrolle kann der Medienmarkt nur unzureichend kontrolliert werden; dies muss in Deutschland wohl hingenommen werden.⁵ Der häufig geführte Nachweis, dass z.B. Kinder und Jugendliche weiterhin indizierte und auch beschlagnahmte Videos sehen, ist aber an sich kein schlüssiges Argument gegen

⁵ Die verschiedenen Wege, über die indizierte Videos an Kinder und Jugendliche kommen können, wurden u.a. von uns untersucht (Lukesch et al., 1994). Eine Möglichkeit für Jugendliche besteht z.B. darin, sich mit der üblichen Ausleihkarte einer Erwachsenenvideothek diese Filme zu besorgen. In einem Leserbrief an den „Jugend Medien Schutz-Report“ (3/96, U2) wurde auf den Vertrieb indizierter Videos und Computerspiele über Trödelmärkte aufmerksam gemacht. Offensichtlich würden dort skrupellose Händler diesen Medienschrott zu hohen Preisen gezielt für Jugendliche anbieten.

die Gesetzgebung oder für die Abschaffung entsprechender Verordnungen - genauso gut könnte man sagen, jede Straftat sei ein Hinweis dafür, dass das Strafgesetz abzuschaffen sei, da sich manche Menschen nicht an diesen Normen orientieren.

Unangefochten ist in Deutschland auch die Überzeugung, dass in Bezug auf Medien keine Vorzensur erfolgen darf. Es darf also keine staatliche Stelle geschaffen werden (wie etwa in Großbritannien), die vor der Publikation eines Mediums die zur Verbreitung anstehenden Inhalte auf Rechtskonformität prüft. Rechtsverstöße sind nur im nachhinein zu verfolgen. Dabei bleibt die Rechtsanwendung schwierig, da in diesem Bereich grundlegende Wertvorstellungen miteinander in Konflikt geraten können, Güterabwägungen immer in einzelfallbezogener Weise erfolgen müssen und die Rechtswege (mit den Appellationsmöglichkeiten bis hin zum Bundesverfassungsgericht) oft lang sind. Es ist dabei auch klar, dass für die Medienproduzenten der Marktwert ihrer Produkte im Vordergrund steht und sich die Bedienung auch kleiner Marktsegmente (z.B. für Pädophile) eventuell wirtschaftlich lohnen könnte. Es wäre zu idealistisch gedacht, dass der Appell an die Moralität der Medienproduzenten Veränderungen erbringen würde, es kann allenfalls Legalität eingefordert werden. Unter den Medienproduzenten werden sich zudem genügend finden, die immer wieder das Spiel des „testings of the limits“ spielen und die die Grenzen des noch Hinnehmbaren immer wieder hinauszuschieben versuchen. Dass dies mit hohen Wertvorstellungen begründet wird (z.B. Informations- und Kunstfreiheit), entspricht den üblichen parteilichen Rechtfertigungsschablonen.

Bei allem ist zudem die Internationalisierung oder zumindest die Europäisierung des Medienmarktes zu bedenken. Regelungen, die nur für Deutschland gelten, können z.B. bei europaweit ausgestrahlten Fernsehprogrammen nicht eingefordert werden. Hier ist noch ein großer Bereich der Harmonisierung nationaler Rechtssysteme und -auffassungen zu bearbeiten.

Gerade die im Rahmen der Rechtstatsachenforschung nachgewiesene Begrenztheit rechtlicher Einflussversuche verweist aber auf die Bedeutung anderer Vorgehensweisen, vor allem die Bedeutung pädagogischer Interventionen zur Medienerziehung.

Literatur

Bornecke, J. (1991). Automaten-Selbst-Kontrolle (ASK). *BPS-Report*, 14, 7.

Lukesch, H., Kischkel, K.-H., Amann, A., Birner, S., Hirte, M., Kern, R., Moosburger, R., Müller, L., Schubert, B. & Schuller, H. (1994³). *Jugendmedienstudie*. Regensburg: Roderer.

Nolden, D. & Stefen, R. (1996). Jugendmedienschutz-Institutionen im Überblick. Erläuterungen zum Überblick. *Jugend Medien Schutz-Report*, 19, 1-3.

Schroeder, F.-C. (1992). *Pornographie, Jugendschutz und Kunstfreiheit*. Heidelberg: Jur. Verl.

Selg, H. (1986). *Pornographie. Psychologische Beiträge zur Wirkungsforschung*. Bern: Huber.

Stefen, R. (Hrsg.). (1989). *Gesamtverzeichnis indizierter Bücher, Taschenbücher, Broschüren, Comics und Flugblätter*. Sankt Augustin: Asgard.